



Medienmitteilung

Thema	Mitgliederversammlung vom 15.06.2011
Für Rückfragen	Urs Gurtner-Oesch, Präsident, mobile +41 79 326 04 16 Tamara Michel-Teutsch, Sekretariat +41 78 634 08 36
Absender	Grünliberale Partei Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois, 2502 Biel/Bienne eMail seeland@grunliberale.ch www.seeland.grunliberale.ch
Datum	16. Juni 2011

Grünliberale Seeland-Jura bernois rüsten sich für die Volksinitiative "Energie- statt Mehrwertsteuer"

Die Grünliberalen Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois haben an ihrer Mitgliederversammlung vom Mittwoch in Nidau ihre Mitglieder zur Unterschriftensammlung für die Volksinitiative "Energie- statt Mehrwertsteuer" aufgerufen. Die Initiative wird am Samstag, 18. Juni mit einem nationalen Sammeltag lanciert. In der Region Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura werden glp-Vertreter in den Städten Biel, Lyss und La Neuveville anzutreffen sein.

Die Initiative in Kürze:

Nicht erneuerbare Energien sollen neu mit einer Energiesteuer belastet werden. Die Erhöhung der Preise soll einen wirkamen Anreiz zum Energiesparen auslösen. Dieser Anreiz führt dazu, dass bei neuen Investitionen der Energieeffizienz einen höheren Stellenwert beigemessen wird als bisher.

Die positiven Auswirkungen sind vielseitig: Die Energiesteuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern unterstützt wirksam die Entwicklung neuer Energiesparttechnologien, so dass die Schweiz in diesem Bereich die Technologieführerschaft übernimmt. Zudem ermöglichen sich dadurch neue Chancen für den Export von neuen Technologien speziell im Cleantechbereich. Dies sichert langfristig zahlreiche attraktive Arbeitsplätze und insgesamt unseren Wohlstand.

Die Nichtbelastung der erneuerbaren Energie bewirkt, dass diese einen deutlichen Wettbewerbsvorteil erhält und ihre Produktion gefördert wird. Die Nachfrage nach erneuerbarer Energie wird steigen und es darf damit gerechnet werden, dass die im In- und Ausland produzierte und im Inland verbrauchte erneuerbare Energie rasch und stark zunimmt. Zusammen mit der höheren Energieeffizienz kann die Produktion von Strom aus erneuerbarer Energie ein Ausmass annehmen, so dass die in den nächsten Jahrzehnten in der Schweiz auslaufenden Kernkraftwerke nicht durch neue ersetzt werden müssen.

Der reduzierte Energieverbrauch und die gleichzeitige Ausdehnung der Produktion erneuerbarer Energie im In- und Ausland führen dazu, dass die Schweiz immer weniger von Erdöl- und Gasimporten abhängig wird und sich der Wohlstandsabfluss in Öl- und Uranmonopolstaaten deutlich reduzieren lässt. Parallel wird auch der CO₂-Ausstoss markant zurückgehen und die CO₂-Verminderungsziele zur Bewältigung des Klimawandels können mit marktwirtschaftlichen Elementen erreicht werden.

Damit die steuerliche Belastung nicht steigt, soll gleichzeitig die Mehrwertsteuer abgeschafft werden. Die Abschaffung der MWST bewirkt, dass rund 320'000 Unternehmen – vor allem KMUs – von einer enormen administrativen Belastung und teilweise erheblichen Wettbewerbsverzerrungen befreit werden. Für den Endverbraucher findet eine finanzielle Entlastung bei allen Investitions- und Konsumgütern sowie den Dienstleistungen statt, die der Mehrbelastung durch die Energiesteuer im Durchschnitt entspricht. Insgesamt steht den Konsumenten somit nicht weniger Kaufkraft zur freien Verfügung als vor dem Umstieg von der MWST auf die Energiesteuer.

Durch den gänzlichen Verzicht der MWST-Verwaltung werden erhebliche finanzielle Mittel frei, die für sinnvollere Zwecke zur Verfügung stehen. Die Erhebung einer Energiesteuer auf nicht erneuerbaren Energien ist im Gegenzug simpel, da diese Energien allesamt importiert werden müssen und daher direkt bei der Einfuhr durch die Zollverwaltung erhoben werden kann.

Weitere Infos: www.energiestattmehrwertsteuer.ch